

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Nr. 237. Freitag, 24. Mai 1907. Jahrgang 200.

Erste Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Leipzigerstraße 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 1. Gebührener: Dr. Walter Gehlenstein in Halle a. S.

Verlag der Halleischen Zeitung. Geschäftsstelle: Leipzigerstraße 87 (Hinterhaus), Eingang Große Brauhausstraße.

Neue Abonnements
auf die
Halleische Zeitung
für den Monat Juni
werden von allen Postämtern und Briefträgern des Deutschen Reiches zum Preise von
nur Mark 1.—
entgegengenommen.
»Täglich zwei Ausgaben.«
Für Halle a. S. und die Vororte beträgt der Abonnementspreis nur 85 Pfennig pro Monat einschließlich täglich zweimaliger Zustellung.
Halle a. S., im Mai 1907.

Die neuen Männer.

Nachdem der Reichstag in seiner letzten Sitzung die Bildung eines Reichsfiskaldepartaments mit den dazu gehörigen Stellen bewilligt hatte, ist der bisherige stellvertretende Direktor der Kolonialabteilung, Herr Dernburg, zum Staatssekretär des Reichsfiskaldepartaments ernannt worden. Er beabsichtigt bekanntlich bereits Ende Mai oder im Juni eine größere Reise nach Afrika anzutreten, hat diese aber schließlich auf den Besuch unserer ostafrikanischen Kolonie beschränkt und hinauschieben müssen, um zunächst das neue, ihm übertragenen Amt seinen großen Aufgaben entsprechend einzurichten. Das ist nun geschehen, und die Ernennungen des Unterstaatssekretärs, des Direktors und der vortragenden Räte sind erfolgt. Es ist zweifellos ein ganz ungewöhnlich glücklicher Griff, daß Herr Dernburg zum Unterstaatssekretär des bisherigen Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Friedrich v. Lindemann, ernannt hat. Denn seit Begründung unserer Kolonien ist wohl nie einem Beamten mit so allseitigen Vertrauen entgegengekommen als diesem tüchtigen unserer bisherigen Gouverneure. Er ist noch verhältnismäßig jung, 1862 geboren und 1892 als Regierungsdirektor in die Kolonialabteilung berufen. Nachdem er von 1894 bis 1900 als Vertreter des Landeshaupmanns in Deutsch-Südwestafrika war, wurde ihm das Generalkonsulat in Kapstadt übertragen, und er hat dort die Tätigkeit der ausländischen Behörden und sonstigen Gegner unserer deutschen Kolonialpolitik gründlich an der Quelle studiert. Im Gegensatz zu jener leider recht zahlreichen Sorte von deutschen Generalkonsuln, die es unter ihrer Würde halten, die Verhältnisse ihrer Schutzgebieten zu studieren, hat Lindemann oft geradezu den Fernstudium nachgehakt und den feinsten deutschen Forscher wie auch den besten bei der Arbeit aufgesucht. So erwidert er den nationalpolitischen Kreisen alle der gegebene Mann für den damals politisch nicht wenig heruntergewürdigten Gouverneurposten von Deutsch-Südwest, und das einzige Bedenken, das gegen seine nunmehrige Ernennung zum Unterstaatssekretär sich aufdrängt, wäre das, daß er in Südwestafrika zurecht noch unentbehrlich erwidert. Er selbst teilt diese Ansicht indessen nicht, will sich aber noch einmal nach Südwestafrika begeben, um den zu seinem Nachfolger ernannten bisherigen Geh. Reg. Rat Dr. v. Schudmann in die Einarbeitung in die dortigen Verhältnisse zu erleichtern. Auch dieser ist kein Fremdling in den Kolonien, hat insbesondere bereits den Gouverneur von Kamerun vertreten und war gleichfalls längere Jahre Generalkonsul in Kapstadt. Der neue Unterstaatssekretär war, wie bekannt, seit Ende vorigen Jahres in der Kolonialabteilung tätig und hat die sein Schutzbereich betreffenden Gesetzentwürfe im Reichstage mit Geduld und Erfolg vertreten. Die Entschlossenheit, mit der er für die Farmerentschädigung eintrat, bewies, daß er in der Befriedigung der Hauptaufgabe der Kolonialabteilung erlitten, wie er ja auch oft genug ausgesprochen hat. Zum Direktor des Reichsfiskaldepartaments ist der Geh. Oberfinanzrat Dr. Peter Conze ernannt worden, der bereits seit Juli vorigen Jahres aus dem preussischen Finanzministerium beurlaubt und mit der Wahrnehmung der Direktorialgeschäfte beauftragt war. Zu seiner Vertretung ist nunmehr der Welt. Reg. Rat Dr. Schöne mit der Wahrnehmung eines Teiles der Direktorialgeschäfte beauftragt worden, der bisher das Verordnungsamt geleitet hat. Zu vortragenden Räten im Reichsfiskaldepartament sind ernannt die Herren Barrot, Falter, Herr Reg. Rat Haber, Reg. Rat Dr. Feine und der bisherige konsularische Vertreter von Deutsch-Südwestafrika, Dr. Anton Meyer. Kaiser vor längere Jahre technischer Ratgeber im japanischen Verkehrsministerium in Tokio und dann wieder im preussischen Eisenbahn-

ministerium. Haber ist Bergmann, hat im Auftrage der Deutschen Bank Australien und Neuseeland bereist und war seit 1901 erster Referent für das Schutzbereich Deutsch-Ostafrika. Dr. Meyer war Vorberichter der Kommission zur Prüfung der Entschädigungsforderungen der Anlieher für im Aufstande erlittene Schäden. Dr. Feine war längere Jahre im ostafrikanischen Dienste und war seit 1905 als ständiger Hilfsarbeiter in der Kolonialabteilung gewesen. Auch die zu ständigen Hilfsarbeitern ernannten Legationsräte Dörmald und Bräcker haben in Südwestafrika und Kamerun gearbeitet, und der zu gleichen Berufs erannte Privatdozent Dr. Joseph hat als Handelsattaché im Generalkonsulat in Belharanjo gute Auslandserfahrungen erworben. So stellt das neue Amt sich also unter Leitung eines unbetritten tüchtigen Kaufmanns als ein Ministerium dar, in dem Männer von praktischer Erfahrung und geeigneter Vorbildung stehen. Was dies bedeutet, wird man erst ermessen können, wenn man Rückblicke wirft auf die Jammerlosigkeit der Verwaltung unter Dr. Kaiser, dessen Hauptarbeit in persönlichen Kämpfen und der Verdrängung aller um die bisherige Entwicklung der Kolonien verdienten Männer bestand. Nach ihm kamen dann die Herren von Buchta und Dr. Stübbe, deren Amtsführung unter dem Drucke aller möglichen Schwierigkeiten nicht zum Vorteile der Kolonie ausging. Auch der Prinz von Hohenlohe hat während seiner Amtszeit nicht den Eindruck hinterlassen, daß er mit seiner Aufgabe stand und fiel. Wenn man die Unhaltbarkeit dieser Lage ermäßigt, wird man die jetzt vollkommene Notwendigkeit an Haupt und Gliedern mit Dank und Genugtuung begrüßen müssen. Herr Dernburg hat von Anfang an jedenfalls bemerkt, daß er Mannes genug war für seine Aufgabe einzutreten. Und zu dem Unterstaatssekretär haben alle unterrichteten Kreise das gleiche Vertrauen. Man wird von Herrn Dernburg erwarten dürfen, daß er seine Aufgabe wie ein großes Geschäft kaufmännisch anfaßt und daß er in dies Gesicht etwas hineinsetzt wird. Sehr richtig hat er erkannt, daß ohne den Bau von Bahnen keine Kolonialpolitik getrieben werden kann, am allerwichtigsten in Afrika, wo bis zur Stunde noch der Transport aller Güter im wesentlichen auf Reiterpföden erfolgt. Auch darin wird man ihm durchaus beipflichten müssen, daß für die Erhebung der Eingeborenen zur eigenen Landtagsarbeit das Vorbild großer, europäisch geleiteter Plantagenunternehmungen nicht fehlen darf. Und was er bisher auf dem Gebiete des Raumpolitikwesens und der kaufmännischen Produktion getan hat, hat Hand und Fuß. Nur ein Bedenken richtet sich immer und immer neuer gegen seine Tätigkeit: die schwerwiegende Frage, ob er bei seiner ganzen Vergangenheit und seinen Beziehungen inlands und überhaupt auch nur gewillt sein wird, den großparteilichsten Klängen der Landtagspolitik zu folgen, die notwendig sein wird, um uns namentlich in Südwestafrika und Kamerun wieder zu Herrin in eigener Sache zu machen. Seine Erklärungen in der letzten Sitzung der Reichslandmannschaft lassen in dieser Beziehung eine getauende Hoffnung kaum noch Raum. Die nationalpolitisch gerichteten Parteien werden deshalb verpflichtet sein, in dieser Beziehung ihm und seinen Leuten schärfer als bisher auf die Finger zu klopfen. Denn to be willig erfindert, das Volk in jeder überwiegenden Mehrheit dem neuen Staatssekretär auch in seiner kolonialpolitischen Arbeit folgt, so können und dürfen doch nicht ferner Millionen über Millionen in die Kolonien geschickt werden, um die Landbesiedlung einer Handvoll Kolonialspekulanten zu begünstigen, die samt und sonders ihre Konzeptionen durch Nichterfüllung der vertragmäßig übernommenen Verpflichtungen verdirbt haben.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 23. Mai.

* Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet, wie nunmehr feststeht, am 5. Juni statt. Auf die Tagesordnung werden gesetzt werden: 1. und 2. Beratung des Entwurfs betreffend den erweiterten Grundbesitz am Rhein-Weser-Kanal, der Lotterievertrag mit Waldeck, der Nachtragsetz mit den Feuerungszulagen, der demnachst zugehen wird, die Anträge der Budgetkommission zur Frage der allgemeinen Neuregelung der Beamtenbefolgungen, Initiativanträge und Petitionsberichte.

* Im Abgeordnetenhaus sind zurzeit drei Mandate erledigt: 1. Aachen (Waldeck, Montjoie), bisher Zentrum (Prinz Arenberg); 2. Elbe (Werden, Rosenberg, Neve), bisher nationalliberal (Seyff); 3. Arnswalde-Friedeberg, bisher konservativ (von Schudmann, zum Gouverneur von Südwestafrika ernannt).

Domänen und Forsten brachten vor zehn Jahren 100,4 Millionen, jetzt sollen sie nach dem Etat 133,5 Millionen abwerfen, die direkten Steuern 184,5 und 254,2 Millionen, die indirekten Steuern 86,5 und 118,8 Millionen, die Berg-, Säulen- und Salinenverwaltung 164,4 und 244,8 Millionen, die Eisenbahnverwaltung 1,3 und 1,9 Milliarden. Am Ertrage der dem Reich zugehenden Branntweinsteuern und Stempelabgaben nahm Preußen 1895 mit 92,7 und 1907 mit 124,3 Mill. Mark teil. Man sieht, daß alle bedeutenden Einnahmegebiete des preussischen Staatshaushalts immer größere Beiträge abwerfen. Die Ausgaben haben allerdings eine gleiche Entwicklung gehabt. Die Gesamtausgaben waren im Jahre 1895 mit 2,2 und 1907 mit 2,9 Milliarden, die einkommensmäßigen einmaligen von 105,9 auf 283,9 Millionen Mark. Was die einzelnen Ausgabenabgaben angeht, so sind die an das Reich zu zahlenden Militärabgaben nicht mit einander zu vergleichen, weil seit 1904 durch die lex Eulenburg eine vollständige Umgestaltung darin eingetreten ist. Den Gesamtstaatshaushalt nimmt natürlich die Eisenbahnverwaltung in Anspruch. Ihre Betriebskosten sind von 758,6 Millionen Mark auf 1222,9 Millionen gestiegen, ihre einmaligen von 85,5 auf 186,6 Millionen Mark. Dazu kommen noch die außerordentlichen Ausgaben, die gleichfalls in einer fast stetigen Steigerung begriffen sind. Die Summe der Staatsverwaltungsausgaben machte 1895 noch 457,9 Millionen, 1907 dagegen schon 676,9 Mill. Mark aus, vor sich also in dem letzten sechsjährigen Zeitraum um nahezu 46 Proz. erhöht. Die Eisenbahnverwaltung belief sich 1890 auf 648,9 Mill. Mark und 1907 auf 764,7 Millionen. Dementsprechend liegt der Aufwand für die Kriegsmarine in dem Jahre 1907 bei 221,7 auf 243 Millionen Mark.

Nach allen Fall ergeben die vorstehenden Zahlen, daß während der letzten zehn Jahre auch der preussische Staat in seiner Wirtschaft eine Entwicklung hinter sich hat, die als ganz bedeutend bezeichnet werden muß.

Professor Reineke und der Nominismus.
Die Rede, die der Kieler Professor Reineke am 10. Mai im Verenausgange gegen den Nominismus gehalten hat, mancherlei Kritik und Widerspruch hervorgerufen. Jetzt veröffentlicht Professor Reineke eine Erklärung, in der er sich gegen den Vorwurf bekennt, die Freiheit der Wissenschaft irgendwie beschränkt zu wollen.

„Auf Grund ungenauer und teilweise völlig entstellender Berichte der Tagespresse über meine Herrenauszüge sind mir teils in Zeitungsabschnitten, teils in Briefen und Postkarten schreie Nachfragen zugegangen, die mir vorwerfen, ich hätte die Sätze des Staates aufzugeben, auf gewaltsamen Befehl des Nominismus und zum Schutze des Christentums. Ich stelle mit Bezug auf den hierin enthaltenen Bericht hiermit fest, daß dies unrichtig ist. Ich habe vielmehr folgendes gesagt: „Ich bin mir ganz klar darüber, daß ein gewaltsames Einschreiten gegen die Agitation des Nominismus aus sachlichen Gründen ist, weil es sich um eine gewisse Bewegung handelt, die nur mit gewissen Waffen bekämpft werden darf.“

Als solche gewisse Waffen empfehle ich ausdrücklich die Verbesserung und Vertiefung des biologischen Unterrichts auf dem Gymnasium und anderen Lehranstalten. In Bezug darauf sagte ich weiterhin: „Ich halte es für selbstverständlich, daß die Lehrer der Biologie in der Lage sind, die nach dem consensus omnium schiefgestellten Tatsachen zu lehren haben, und daß sie die aus jenen Tatsachen gezogenen Schlüsse, über die doch große Meinungsverschiedenheiten bestehen, als solche lehrmäßig angeben.“

Ich habe weiter gesagt: „Es liegt mir fern, hier über die Fragen der drückerischen Kirche zu diskutieren, die ich, wie wir sie einmal besitzen, sprechen zu wollen; mir liegt nur an einer Verteidigung wahrer Wissenschaft gegenüber dem Versuch, mit ganz unwissenschaftlichen Mitteln diejenige Weltanschauung über den Paufen zu rennen, die durch Sokrates, Plato und die Philosophen der letzten Jahrhunderte, auch in der neuen Welt, sich immerfort behauptet hat, nämlich, daß die Toleranz für jede wissenschaftliche Überzeugung wolle, auch für den Atheismus, und daß ich hier nicht die der Staatsreligion feindliche Ansicht einer philosophischen Richtung bekämpfe, sondern ich brandmarkte nur die Agitation der Noministen, die ohne jede wissenschaftliche Methode im Namen der Naturwissenschaft auftritt und die in der Schule gepflanzte Weltanschauung aus dem Gemüt unseres Volkes auszuwurzeln sucht.“

Endlich haben sich einige Professoren in der Sache darüber geäußert, daß ich sagte: „Unter den zahllosen Reden dieses Buches (Sätze, Reden, Aufsätze) nenne ich nur drei Reden: die von Primmer, die von Schüller und die von Köster.“ Es ist mir unverständlich, wie jemand einen Vorwurf darin erblickt, wenn man sagt, er habe ein Buch gelesen. Ich sage hinzu, daß ich beim Sprechen jener Worte gerade an junge Volksschullehrer und an Schulbesucher dachte, denen gewisse Worte noch kaum zum Ohr gekommen sein dürften; namentlich, wenn ihnen gehört wird, Prof. Köster ist einer der größten lebenden Naturforscher, liegt die Gefahr vielleicht nicht fern, daß sie sich durch seine Schriften beeinflussen lassen. Jede Kränkung der Volksschullehrer, für deren Interesse ich überhaupt auf das höchste eingetreten bin, hat mir fern gelegen. Denn müßten sich in auch die Primmer- und die Köster (also auch meine eigenen Kinder) bedirgt fühlen.“

* Reichspositionen für die kaiserliche Macht „Sachsen-Görlitz“. Der Kaiser bestimmte, daß die Macht „Sachsen-Görlitz“ und die Westfälische Kreuze „Sachsen-Görlitz“ und „Sachsen-Görlitz“ am 12. Juni zum Ziel nach der Elbe abgeben und am 13. Juni zu seiner Verhüllung vor der St. Pauli-Landungsbrücke in Hamburg liegen sollen.

* Prinz Adolf von Preußen hat den ihm von Potsdam nach Brunsbüttelsee gegebenen, um an den Leibern der altlichen Schiffsleute teilzunehmen.

* Vom Reichsgericht. Landgerichtsdirektor Dr. Bernbard Oppenheimer vom Landgericht Berlin I. ist zum Reichsgerichtsdirektor ernannt worden und scheidet zum 1. Juni nach Preußen über.

